

NATURWISSENSCHAFTLERINNEN-Initiative

VERANTWORTUNG für Frieden und Zukunftsfähigkeit

Pressemitteilung

Appell

Beispiel schaffen: Zivilklausel für Universität Karlsruhe und KIT

Auf Militärforschung an Universitäten und Fachhochschulen verzichten. **Zivilklausel durchsetzen.**

Die Universität Karlsruhe und das Forschungszentrum Karlsruhe werden zum Karlsruhe Institute of Technology KIT zusammengelegt. In das KIT soll nach dem Wunsch des Partners Forschungszentrum dessen Zivilklausel „Die Einrichtung verfolgt nur friedliche Zwecke.“ übernommen werden. WissenschaftlerInnen, Abgeordnete, die Gewerkschaften ver.di und GEW, die Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe und viele mehr setzen sich dafür ein. Die Studierenden der Universität Karlsruhe haben in einer Urabstimmung im Januar gefordert, die Klausel in das KIT-Gesetz aufzunehmen. Als Konsequenz daraus ist das laufende Militärforschungsprogramm der Universität zu beenden.

Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative appelliert an die für das Gesetzgebungsverfahren zuständige Landesregierung Baden-Württemberg und an die Bundesregierung, die Chance der Neuordnung zu nutzen und mittels Übernahme der Zivilklausel am gesamten KIT auf militärische und zivilmilitärische Forschung zu verzichten. Das entspricht ebenso den globalen Herausforderungen wie der „Friedens-Finalität“ des Grundgesetzes. Dass diese Verfassungsnorm insbesondere für öffentliche Bildungs- und Forschungseinrichtungen Gültigkeit besitzt, ist durch ein im Februar von Prof. Erhard Denninger vorgelegtes Rechtsgutachten bekräftigt worden.

Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative appelliert an die Studierenden und WissenschaftlerInnen in den Universitäten und Fachhochschulen, die gelegentlich im Verborgenen etablierte Forschung und Zusammenarbeit für militärische Zwecke zu thematisieren und die Forderung nach einer Zivilklausel aufzugreifen. Wir gehen davon aus, dass alle am Frieden interessierte Organisationen und Initiativen, insbesondere die Gewerkschaften, Kirchen und Friedensgruppen, diese Aktivitäten tatkräftig unterstützen. Die zuständigen Hochschulgremien bitten wir, ggf. unter Rückbesinnung auf frühere Beschlüsse, sich die von Karlsruhe ausgehende Debatte als Beispiel zu nehmen und Zivilklauseln verbindlich zu beschließen. Die jeweiligen Landesregierungen und Landesparlamente ebenso wie Bundesregierung und Bundestag sollten derartige Initiativen fördern.



NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e. V.
Franklinstr. 28/29
10587 Berlin
Tel.: 0 30 – 31 99 66 86
Fax: 0 30 – 31 99 66 89
E-Mail: info@natwiss.de
Internet: <http://www.natwiss.de>
Bankverbindung:
Postgiroamt Köln
Konto: 393 408 – 504
BLZ: 370 100 50
IBAN: DE24 3701 0050 0393
4085 04
BIC: PBNKDEFF

2. März 2009

„Du Forscher im Laboratorium.
Wenn sie dir morgen befehlen,
du sollst einen neuen Tod erfinden
gegen das alte Leben, dann gibt
es nur eins: Sag NEIN!“

(Wolfgang Borchert, 1947)

Vorstand:

Dr. W. Neef, Dr. H. Nover, N. Kebir
R. Braun, Dr. U. Kronfeld-Goharani, D. Philipp, Prof. Dr. J. Scheffran, Dr. J. Spangenberg

Beirat:

Dr. H. Aichele, Erlangen - F. Becker, Berlin - Prof. Dr. U. Beisiegel, Hamburg - R. Braun, Berlin - Dr. S. Brostius, Ludwigshafen - Dr. P. Carl, Berlin - Dr. H. J. Fischbeck, Joachimsthal
Prof. Dr. F. Fajara, Darmstadt - W. Göhring, Bonn - Dr. A. Hädicke, Essen - A. Hastrich, Berlin - Dr. K. Herrmann, Köln - Prof. Dr. M. Kalinowski, Hamburg
N. Kebir, Berlin - Dr. U. Kronfeld-Goharani, Kiel - D. Laufer, Berlin - Dr. W. Liebert, Darmstadt - Dr. W. Neef, Berlin - Dr. H. Nover, Düsseldorf - Dr. H.-U. Oberländer, Jena
D. Philipp, Berlin - C. Pistner, Darmstadt - Dr. R. Reimers, Gießen - Dr. Joachim Ritter, Leverkusen - R. Röspel (MdB), Hagen - Prof. Dr. E. Röbler, Bayreuth
P. Schäfer (MdB), Berlin - Prof. Dr. J. Scheffran, Hamburg - Prof. Dr. J. Schneider, Göttingen - Dr. D. Schulze, Karlsruhe - E. Sieker, Bad Honningen - Dr. J. Spangenberg, Köln
Prof. Dr. H. Spitzer, Hamburg - H. Staudacher, München - P. Wolter, Lübeck